

Deutsche Wirtschaft 1993/94

Wachstumspolitik statt rigorosem Sparen zur falschen Zeit!

Günter Pehl, geb. 1923 in Stettin, war bis 1988 Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“. Er ist seit mehr als 30 Jahren wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Wachstum statt Rezession waren die Leitlinie und die Überschrift des vorjährigen Berichts zur Wirtschaftslage.¹ Die Wirtschaftspolitik, so wurde ausgeführt, sollte die Wende herbeiführen, indem sie darauf ausgerichtet wird, die westdeutsche Volkswirtschaft so schnell wie möglich wieder auf einen Wachstumspfad von jährlich 2 bis 3 Prozent des realen Bruttosozialprodukts zu bringen. Nur dann könne der Wiederaufbau der ostdeutschen Wirtschaft am wirkungsvollsten erfolgen; dann ließen sich auch die zweifellos vorhandenen Strukturprobleme im Westen am besten lösen. Die Wirtschaftspolitik sollte, so der Vorschlag, geteilt werden in eine rasch wirkende expansive Wachstumspolitik und eine längerfristig angelegte Konsolidierungs- und Strukturpolitik. Diese sollte aber erst nach Wiedererreichen des Wachstumspfades einsetzen, könnte jedoch bereits geplant und in ihren Grundzügen zwischen den wirtschaftspolitisch wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen vereinbart werden. Eine solche Vereinbarung könnte (zweiter) Teil eines „Paktes der Vernunft“ zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, Gewerkschaften sowie Spitzenverbänden der Wirtschaft und der Arbeitgeber sein. Ungefähr in die gleiche Pachtung wie hier dargestellt gingen (und gehen) Vorschläge und Forderungen der Gewerkschaften und teilweise auch der SPD.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien lehnten indessen eine auf Wiedererreichung wirtschaftlichen Wachstums zielende expansive Politik ab. Statt dessen gaben (und geben) sie der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte absoluten Vorrang. Eine rigorose Sparpolitik des Staates ist nach Meinung der Neokonservativen in Bonn der richtige Weg zu „mehr Wachstum und Beschäftigung“.

Wohin eine falsche Wirtschaftspolitik führt

Es gibt jedoch keine Zeit, die weniger geeignet für eine rigorose staatliche Sparpolitik ist als die Jahre 1993 und 1994. Die Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit im vergangenen Jahr demonstrieren in frappierender Weise, wohin eine falsche Wirtschaftspolitik zum falschen Zeitpunkt führt. Einzuräumen ist, daß 1993 das Jahr einer weltweiten Konjunkturflaute war und daß sich infolgedessen die starke Exportabhängigkeit unserer Volkswirtschaft nachteilig

¹ Günter Pehl, Deutsche Wirtschaft 1992/93, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/93, S. 45 ff.

auf die westdeutsche Konjunktur ausgewirkt hat. Um so dringender wäre freilich eine Politik der staatlichen Nachfrageförderung gewesen. Die Regierungspolitik hat jedenfalls erheblich dazu beigetragen, daß die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1993 um 462 000 gestiegen ist.

Die in den letzten Monaten des Jahres 1992 für 1993 gegebenen Konjunkturprognosen waren zum Jahresende hin immer ungünstiger geworden. Dennoch wurde nicht vorausgesehen, daß sich 1993 die bisher schwerste Rezession der Nachkriegszeit noch verschärfen würde. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sagte zwar, übereinstimmend mit den meisten anderen Konjunkturbeobachtern, für die erste Jahreshälfte einen leichten Rückgang des Bruttosozialprodukts, für das zweite Halbjahr 1993 aber bereits einen leichten Wiederanstieg voraus; im Jahresdurchschnitt würde die westdeutsche Volkswirtschaft im Vergleich zu 1992 weder wachsen noch schrumpfen (sogenanntes „Nullwachstum“). Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hatte sogar für das ganze Jahr 1993 eine Zunahme des realen (von Preisveränderungen bereinigten) Wertes der Wirtschaftsleistung in Westdeutschland um 0,5 Prozent vorausgesagt. Andere Institute gaben ähnliche Prognosen ab. Alles in allem: Die Wirtschaftsforschung hat das Ausmaß der größten Nachkriegsrezession nicht erkannt.

Größte Rezession der Nachkriegszeit

Tatsächlich mußte 1993 der stärkste Rückgang des realen Bruttosozialprodukts seit Bestehen der Bundesrepublik verzeichnet werden. Das reale (von Preisveränderungen bereinigte) Bruttoinlandsprodukt war 1993 in der gesamten Bundesrepublik um fast 1,5 Prozent niedriger als 1992. Damals (1992) war es noch um 2,1 Prozent gestiegen. Die Zahlen für die gesamte Bundesrepublik spiegeln allerdings unterschiedliche Entwicklungen in West- und Ostdeutschland wider: Rezession im Westen und allmählicher Anstieg im Osten. In Westdeutschland ging das Bruttoinlandsprodukt 1993 gegenüber 1992 um nahezu 2 Prozent zurück, in Ostdeutschland war es um 6,3 Prozent höher als ein Jahr zuvor (1992: + 9,7 Prozent). 92,2 Prozent des Sozialprodukts der gesamten Bundesrepublik werden in Westdeutschland erzeugt oder geleistet, 7,8 Prozent im Osten. Wegen der unterschiedlichen Entwicklungen empfiehlt sich eine getrennte Darstellung der Wirtschaftsergebnisse.

Zuvor aber noch ein Blick auf die *nominale* Rechnung, die die Preisveränderungen einschließt: Das Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen betrug 1993 in Westdeutschland 2 827 Mrd. DM, in Ostdeutschland 275 Mrd. DM, in der gesamten Bundesrepublik also 3 102 Mrd. DM. Anders ausgedrückt: Der nominale Wert der Wirtschaftsleistung aller Erwerbstätigen in Deutschland überstieg 1993 erstmals die Marke von drei Billionen DM.

Starker Einbruch bei den Investitionen

Die *Ausrüstungsinvestitionen* und der *Export* waren 1993 die wichtigsten Schwachstellen der *westdeutschen* Konjunktur. Im vergangenen Jahr wurde im

Westen real um 14,7 Prozent weniger in Ausrüstungen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge u. a.) investiert als 1992. Die Nachfrage des Auslands nach deutschen Waren und Dienstleistungen ging um 7,3 Prozent zurück. Selbst die *Bauinvestitionen* gaben etwas nach (- 0,5 Prozent), obwohl der Wohnungsbau noch um 3 Prozent zunahm. Der größte Nachfrageposten, *die Nachfrage der privaten Haushalte*, die rund 55 Prozent des Sozialprodukts ausmacht, blieb 1993 ebenfalls hinter dem Ergebnis von 1992 zurück, wenn auch nur geringfügig (- 0,2 Prozent). Insgesamt verminderte sich die *Inlandsnachfrage* in Westdeutschland 1993, verglichen mit dem Vorjahr, um real 2,6 Prozent.

Im vergangenen Jahr schrumpfte die Nachfrage im Westen vor allem deshalb, weil die Kaufkraft der Löhne und Gehälter sank. Auf die *Bruttolohn- und -gehaltssumme* entfallen rund 60 Prozent des Volkseinkommens. Sie war im Jahresdurchschnitt 1993 nur um 0,5 Prozent gestiegen. Allerdings war die Zahl der Erwerbstätigen um 2 Prozent niedriger als 1992. Infolgedessen erhöhten sich die *Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer*, sowohl brutto als auch netto, im Durchschnitt um rund 2,5 Prozent. Jedoch muß der gleichzeitige Anstieg der *Verbraucherpreise* in Höhe von fast 4 Prozent gegengerechnet werden, woraus sich ein *Schrumpfen der Reallöhne* im Jahre 1993 ergibt. Die *Einnahmen aus Unternehmertätigkeit* und Vermögen waren übrigens im vergangenen Jahr ebenfalls niedriger als 1992, und zwar brutto wie netto um 3 Prozent.

Abgeschwächtes Wachstum in Ostdeutschland

Die *ostdeutsche* Wirtschaft konnte im vergangenen Jahr zwar gegenüber Westdeutschland weiterhin aufholen, dennoch war das Wirtschaftswachstum nicht befriedigend. Von einem sich selbst tragenden Aufschwung konnte keine Rede sein. In den neuen Bundesländern (einschließlich Ost-Berlin) stieg das *Bruttoinlandsprodukt* 1993 um 6,3 Prozent an; dieses Wachstum war jedoch erheblich schwächer als 1992 (9,7 Prozent). Der Abstand der Pro-Kopf-Leistung zwischen Ost und West hat sich 1993 weiter verringert: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen wurden im vorigen Jahr 45,8 Prozent der westdeutschen Leistung erreicht; 1992 waren es erst 38,8 Prozent gewesen. Erfreulich war die *Investitionstätigkeit*. Je Erwerbstätigen wurde in Ostdeutschland 1993 erstmals erheblich mehr investiert als im Westen, nämlich für 22 600 DM gegenüber 19 600 DM in den alten Bundesländern. Besonders hoch war mit 20,6 Prozent die Zuwachsrate der *Bauinvestitionen*. Allein im Wohnungsbau wurde im vergangenen Jahr um 31,1 Prozent mehr investiert als 1992. Die monatlichen *Bruttolöhne* haben 1993 rund 70 Prozent des Westniveaus entsprochen. Im vergangenen Jahr stieg die *Inlandsnachfrage* in den neuen Bundesländern um 5,7 Prozent an; das war jedoch nur die Hälfte des Ergebnisses von 1992 (11,2 Prozent). Zu bedenken ist, daß die Nachfrage Ostdeutschlands zu einem erheblichen Teil noch nicht durch eigene Arbeitsleistung gedeckt werden kann. Im vergangenen Jahr wurde in den neuen Bundesländern nur etwa 56 Prozent des Wertes erzeugt, der an Waren und Leistungen in Anspruch genommen wurde. Die beträchtliche Produktionslücke wird durch gewaltige Netto Bezüge aus Westdeutschland oder dem Ausland

geschlossen, was durch hohe Transferzahlungen aus den alten Bundesländern ermöglicht wird. Rund 150 Mrd. DM wurden 1993 nach Ostdeutschland übertragen.

Die *Preisentwicklung* in den neuen Ländern hat sich der in Westdeutschland angeglichen. Zwar überschritten die Verbraucherpreise 1993 noch den Vorjahresstand um 8,8 Prozent, großenteils ist diese Verteuerung aber auf die zweite Stufe der Mietanpassung zurückzuführen, die am 1. Januar 1993 in Kraft trat. Rechnet man diesen Sondereinfluß aus dem Preisindex heraus, erhält man eine jahresdurchschnittliche Teuerungsrate von 3,8 Prozent. Sie deckt sich fast mit der westdeutschen Verteuerung der Lebenshaltung im vergangenen Jahr um rund vier Prozent im Jahresdurchschnitt und um 3,7 Prozent im Dezember 1993. Zu fragen ist freilich, wie es zu dieser Verteuerung kommen konnte, obwohl die Lohnerhöhungen sehr mäßig und z. B. die Großhandelspreise 1993 um 1,1 Prozent niedriger waren als 1992.

3.7 Millionen Arbeitslose Ende 1993

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Jahr weiter verschlechtert. In den *alten Bundesländern* waren im Jahresdurchschnitt 2,27 Millionen Personen arbeitslos gemeldet, 462 000 mehr als 1992. Außerdem arbeiteten 797 000 Personen in Kurzarbeit, knapp dreimal so viel wie 1992. In *Ostdeutschland* waren durchschnittlich 1,15 Millionen als arbeitslos gemeldet. Das waren zwar 21 500 weniger als 1992, aber die Arbeitslosenquote blieb mit 15,1 Prozent hoch. Die Zahl der Kurzarbeiter in Ostdeutschland hat sich sogar erheblich verringert, um 188 600 auf 181 400. Im *gesamten Bundesgebiet* gab es demnach im Durchschnitt des Jahres 1993 rund 3,4 Millionen Arbeitslose und 978 000 Kurzarbeiter. Am Ende des Jahres 1993 waren sogar 3,7 Millionen Arbeitslose registriert, 2,51 Millionen im Westen und 1,18 Millionen im Osten. Gegenüber Ende 1992 waren Ende 1993 563 000 Personen mehr arbeitslos.

Schließlich - als Abschluß der zahlenmäßigen Bilanz 1993 - noch ein Blick auf *Außenhandel* und *Leistungsbilanz*, bei denen sich die schlechte Konjunktur negativ auswirkte. So gingen die Ausfuhren in den ersten elf Monaten 1993 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um gut elf Prozent zurück; ihr Wert betrug 547 Mrd. DM. Bei den Einfuhren fiel der Rückgang mit fast 15 Prozent noch deutlicher aus; sie beliefen sich auf 496 Mrd. DM. Im Zeitraum Januar bis November 1993 wurden demnach für 51 Mrd. DM mehr ausgeführt als gleichzeitig importiert wurde. In der Dienstleistungsbilanz ist dagegen vor allem wegen eines hohen Fehlbetrags durch den starken Reiseverkehr ein großes Defizit zu verzeichnen, aber auch in der Bilanz der Übertragungen, wozu insbesondere Beiträge zu europäischen und internationalen Einrichtungen zählen. Zusammengerechnet ergab sich in den ersten elf Monaten 1993 ein Defizit in der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz der Bundesrepublik von rund 36 Mrd. DM.

Ist die Talsohle bereits durchschritten?

Wie wird sich die Volkswirtschaft 1994 entwickeln? Strittig ist die Frage, ob die westdeutsche Wirtschaft sich bereits von der konjunkturellen Talsohle gelöst hat und sich nunmehr in einer „moderaten Aufwärtsentwicklung“ befindet. Dieser Ansicht ist das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. Andere Konjunkturbeobachter sagen für 1994 einen verhaltenen Konjunkturanstieg voraus. „Erholung, aber noch ohne Schwung“, lautet die Zusammenfassung der Prognoseergebnisse des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Konjunkturforschung. Pessimistisch ist das den Unternehmerverbänden nahestehende Institut der Wirtschaft. Es erwartet für 1994 noch keinen deutlichen Aufschwung; das Bruttoinlandsprodukt werde „bestenfalls“ um real 0,5 Prozent wachsen. Für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ist „kein Aufschwung in Sicht“. Auch die Konjunkturbeobachter bei der Europäischen Kommission in Brüssel erwarten 1994 kein Wirtschaftswachstum in Westdeutschland. Die Prognosen von Berlin und Brüssel haben meines Erachtens die größte Wahrscheinlichkeit für sich. Die Konjunkturdaten sprechen eher dafür, daß sich der Schrumpfungsprozeß noch bis zum Herbst 1994 fortsetzen wird. Das bedeutet für das ganze Jahr 1994 einen Rückgang des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts gegenüber 1993 um etwa 0,5 Prozent.

Keine frohe Botschaft für 1994

Vielen Teilnehmern an der gegenwärtigen konjunkturpolitischen Diskussion scheint die herausragende Bedeutung der volkswirtschaftlichen Größe *Nachfrage* (nach Waren und Dienstleistungen) nicht oder nicht mehr geläufig zu sein. Offensichtlich werden Sparen in den öffentlichen Haushalten, Ausgabenkürzungen und Kürzungen von Sozialleistungen als wirksamste Mittel angesehen, um aus der Rezession herauszukommen und einen neuen Aufschwung zu erreichen. Daß dadurch Kaufkraft und Nachfrage verlorengehen, wird leider von nicht wenigen Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten übersehen. Wer die großen Nachfrageströme in der Volkswirtschaft näher betrachtet, kann jedenfalls zu keiner frohen Botschaft für die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1994 gelangen. Es stellen sich mindestens folgende Fragen:

- Wodurch soll eigentlich die *Verbrauchernachfrage* zunehmen, wenn gleichzeitig die Kaufkraft der Masseneinkommen sinkt? In ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1994 rechnet selbst die Bundesregierung mit einem Stillstand oder sogar einem Rückgang des privaten Verbrauchs (0 bis -1 Prozent), der immerhin 55 Prozent des Sozialprodukts ausmacht. Die *Zahl der Arbeitslosen* würde allein in Westdeutschland 1994 um 433 000, im gesamten Bundesgebiet um eine halbe Million zunehmen, schätzt die Bundesregierung. Hierdurch vermindert sich selbstverständlich die Massenkaukraft. Aber auch die Reallohne werden 1994 spürbar niedriger sein als 1993. Dazu tragen die starke Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge sowie steigende kommunale Gebühren bei. Die Forschungsinstitute sagen eine Zunahme der Nettolohn- und -gehaltssumme im Jahre 1994 um 0,5 bis 1 Prozent voraus. Gleichzeitig

wird ein Anstieg der Verbraucherpreise um etwa 3 Prozent erwartet. Zusammengerechnet ergibt sich daraus für 1994 ein Rückgang der Summe der Real-löhne gegenüber 1993 um etwa 2 Prozent.

- Was spricht wohl dafür, daß die Unternehmen 1994 erheblich mehr *investieren* werden als im vorigen Jahr? Die Auslastung der Produktionskapazitäten ist mit 75 bis 78 Prozent so niedrig wie seit über zehn Jahren nicht mehr. Die schlechte Verbrauchskonjunktur wird die Unternehmer jedenfalls nicht zu einer Erweiterung ihrer Anlagen ermutigen. Ersatzbeschaffung und Rationalisierung sind die weit überwiegenden Investitionsmotive. Sie bewirken nicht eine wesentliche Beschleunigung der Investitionstätigkeit, statt dessen aber einen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen. Die Bundesregierung selbst rechnet in ihrem Jahreswirtschaftsbericht nicht mit einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen, allenfalls mit einer geringen Zunahme der Bautätigkeit.

—Große Hoffnungen werden, nicht nur von der Regierung, auf eine Ausweitung der *Auslandsnachfrage* und einen größeren *Export*, auf den fast ein Viertel des Sozialprodukts entfällt, gesetzt. Welches Ergebnis hat jedoch eine nüchterne Betrachtung? Der größte Teil der deutschen Ausfuhr Güter sind Investitionsgüter, und mehr als drei Viertel der Ausfuhr geht in die europäischen Industrieländer. In den meisten dieser Außenhandelspartnerländer hält die Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit und ungenügender Auslastung der Produktionskapazitäten ebenso wie bei uns an. Infolgedessen ist eine Belebung der Ausfuhr in diese Länder kaum zu erwarten. Ähnliches gilt für den Außenhandel mit Japan. Auch dort ist die konjunkturelle Abschwungphase noch nicht beendet. Bleibt der Handel mit den USA, deren Volkswirtschaft sich bereits seit etwa einem Jahr eines Aufschwungs erfreuen kann. Der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts der USA wird für 1994 auf gut 3 Prozent geschätzt. Zu bedenken ist freilich, daß der Anteil des Exports mit den USA an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik noch nicht einmal 7 Prozent ausmacht. Zusammenfassend kann aus heutiger Sicht nicht damit gerechnet werden, daß die Annahme der Bundesregierung von einer realen Zunahme der Ausfuhr im Jahre 1994 um 3 bis 4 Prozent realistisch ist. Eher dürfte die Vorausschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von 1 Prozent Wachstum der tatsächlichen Entwicklung entsprechen.

—Bleibt die *Nachfrage des Staates* nach Gütern und Dienstleistungen. Immerhin wird rund ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts vom Staat beansprucht (staatlicher Verbrauch). Indessen hat die neokonservative Bundesregierung die Beschneidung der staatlichen Nachfrage zum Programm erhoben. Haushaltsausgaben werden gekürzt, Leistungen gesenkt und die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst sollen nicht erhöht werden. Die Bundesregierung sieht in ihren Eckwerten für 1994 vor, daß der staatliche Verbrauch gegenüber 1993 entweder nicht steigt oder sogar um 1 Prozent absinkt.

Kein Wirtschaftswachstum im Jahre 1994

Ergebnis der Einzeluntersuchungen ist, daß in diesem Jahr das *reale Bruttoinlandsprodukt* in den *alten Bundesländern* nicht größer sein wird als 1993. Selbst die Bundesregierung rechnet in ihrer sehr optimistischen Prognose nur mit einem wirtschaftlichen Wachstum von 0,5 bis 1 Prozent. In den *neuen Bundesländern* erwartet sie einen realen Zuwachs von 6 bis 8 Prozent; kein Wunder bei den hohen Übertragungsleistungen aus Westdeutschland. Nach anderen Schätzungen wird eine Zunahme von 6 Prozent vorausgesagt. Dies gleicht zwar dem Ergebnis von 1993, ist aber keineswegs befriedigend. Die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern könnte besser sein, wenn die westdeutsche Wirtschaft wieder in befriedigendem Ausmaß wachsen würde.

Trotz der Zuwachsrate im Osten wird die Wirtschaft in der *gesamten Bundesrepublik* 1994 allenfalls um ein paar Mrd. DM wachsen; dies ist ein Wachstum im Bereich von null. Würde es durch eine andere Wirtschaftspolitik gelingen, eine Zuwachsrate von real 2,5 Prozent zu erreichen, könnte das Sozialprodukt um etwa 70 Mrd. DM größer sein.

Dann würde sich auch die Zahl der *Arbeitslosen* nicht mehr vergrößern. Nach den Eckdaten der Bundesregierung wird es dagegen 1994 rund eine halbe Million Arbeitslose mehr geben als 1993. Insgesamt werden danach in diesem Jahr durchschnittlich 3,9 Millionen Personen bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldet sein. Diese Annahme der Bundesregierung läßt es wie Hohn erscheinen, wenn sie jetzt ein „*Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung*“ vorlegt. Eine Änderung der bisherigen auf Konsolidierung und rigoroses Haushaltssparen ausgerichteten Politik ist in diesem Programm *nicht* zu erkennen. Vielmehr geht die Bundesregierung davon aus, daß in diesem Jahr „weitere schmerzliche Einsparungen“ zur Haushaltssanierung erforderlich sein werden. Zudem strebt sie 1994 eine Nullrunde in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst an.

Bonn nimmt vier Millionen Arbeitslose in Kauf

Die Bundesregierung und ihre Bundestagsmehrheit lehnen also eine Wirtschaftspolitik ab, durch die zumindest verhindert wird, daß in diesem Jahr eine weitere halbe Million Personen arbeitslos wird. Sie nehmen wirtschaftliche Stagnation und hohe Massenarbeitslosigkeit bewußt in Kauf. Die offensichtliche Gleichgültigkeit und Untätigkeit gegenüber dem Schicksal von vier Millionen Arbeitslosen - das ist jeder zehnte abhängig Erwerbstätige - beschädigt jedenfalls unser demokratisches Gesellschaftssystem; und sie verletzt die in Art. 20, Abs. 1 unseres Grundgesetzes festgeschriebene Verpflichtung zum Sozialstaat. Dies gilt auch im Hinblick auf die infolge der Rezession rasch wachsende Armut in Deutschland.

Das Sozialstaatsgebot erfordert eine wirksame und rasche Bekämpfung von Rezession und Massenarbeitslosigkeit. Das ist auch der gesetzliche Auftrag gemäß dem Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum vom 8. Juni

1967, das offenbar in Vergessenheit geraten ist, aber immer noch gilt. Im wahren Sinne des Wortes „notwendig“ ist eine Politik staatlicher Belebung und Förderung der volkswirtschaftlichen Nachfrage.

Ziel muß es sein, die westdeutsche Wirtschaft so schnell wie möglich wieder auf einen Wachstumspfad von real 2 bis 3 Prozent im Jahr zu bringen. Diese Forderung wurde bereits vor über einem Jahr in dieser Zeitschrift erhoben. Daß es sich hierbei nicht um eine unrealistische Spinnerei handelt, beweisen die jüngsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Japan, einem Land, dessen Wirtschaftsleistung von vielen bewundert wird. Auch die japanische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr nicht mehr gewachsen, und die Zahl der vollständig Arbeitslosen stieg bis Ende 1993 auf 1,75 Millionen an. Diese Situation hat die japanische Regierung veranlaßt, ein umfassendes Programm zur Stimulierung der Konjunktur vorzulegen und durchzusetzen. Dadurch soll das reale Bruttosozialprodukt im Haushaltsjahr 1994/95, das bis zum März 1995 läuft, um rund 2,5 Prozent steigen. Das Programm hat ein Volumen von umgerechnet nicht weniger als 240 Mrd. DM.

Wachstumspolitik statt rigorosem Sparkurs

Eine solche gewaltige Anstrengung ist in Deutschland weder zu erwarten noch erforderlich. Aber vonnöten ist eine sofortige Umstellung der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf einen expansiven Kurs. Es darf im ganzen keinen weiteren Steuereabbau im öffentlichen Bereich und keine Kürzungen von Sozialleistungen mehr geben. Vielmehr sollte es dort zu erheblichen Neueinstellungen kommen, wo ein dringender Arbeitskräftebedarf besteht, z. B. bei den Kindergärten, der Jugend- und Sozialarbeit, in den Krankenhäusern, in der Altenpflege, bei der Polizei. Die einigungsbedingten Defizite in der ostdeutschen Arbeitslosen- und Rentenversicherung sind künftig aus dem Bundeshaushalt und nicht mehr von den Beitragszahlern zu finanzieren. Dadurch können mindestens die Beiträge in der Rentenversicherung wieder spürbar gesenkt werden, wodurch die Kaufkraft der Löhne und Gehälter gestärkt würde. Nullrunden bei den Löhnen und Gehältern sind als konjunkturschädlich abzulehnen. Der Bau von Wohnungen zu tragbaren Mieten muß verstärkt und öffentlich stärker gefördert werden. Schließlich sind in erhöhtem Umfang Investitionen in die Infrastruktur und den Umweltschutz entweder von Staat und Gemeinden selbst vorzunehmen oder von ihnen zu fördern.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen muß zunächst weitgehend über den Kapitalmarkt erfolgen. Sobald die Stimulierung der Nachfrage wirkt, werden die Ausgaben zu einem großen Teil durch zusätzliche Steuereinnahmen gedeckt werden können. Außerdem würden in beträchtlichem Umfang Ausgaben zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit entfallen. Es ist jedenfalls volkswirtschaftlich und politisch sinnvoll, vorübergehend eine höhere Verschuldung in Kauf zu nehmen, wenn dadurch die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht, eine große Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen oder gesichert und unsere demokratische Ordnung stabilisiert werden kann.